ihrer jeweiligen Programmangebote zu sorgen. Dies könnte mittels klarer und verbindlicher Absprachen über die künftige Arbeitsteilung und die Einrichtung einer gemeinsamen, mit hinreichenden Entscheidungskompetenzen ausgestatteten Clearingstelle geschehen. Auf der Ebene des Bundes ist die stärkere Bündelung der Förderkompetenzen in einer Hand zu befürworten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß meiner Ausführungen zwei Punkte hervorheben, denen – so scheint mir – für die Förderpolitik in den neuen Ländern besondere Bedeutung zukommt:

Erstens: Die Mittelstandsförderung hat in den neuen Bundesländern in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Umstrukturierung geleistet. Ohne die Fördermaßnahmen wäre die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen mit Sicherheit langsamer vonstatten gegangen und mit mehr Friktionen verbunden gewesen. Angesichts dessen, daß der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Ländern in jüngster Zeit ins Stocken geraten ist, und der Aufbau des einheimischen Mittelstandes noch längst nicht als abgeschlossen gelten kann, sollten frühere Pläne, die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen bereits jetzt stark zurückzufahren, ad acta gelegt werden. Auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wird eine massive Förderung der mittelständischen Wirtschaft notwendig sein. Dabei sollte die Transparenz der Fördermaßnahmen erhöht werden.

Zweitens: Die Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses stellt eine bedeutende Herausforderung an die Mittelstandsförderung in den neuen Bundesländern dar. Zusätzlich zur Fortsetzung des Bewährten sollte verstärkt nach innovativen Lösungen für die Förderung des industriellen Mittelstandes gesucht werden. Neue Konzepte könnten zum Beispiel an der Stärkung der Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft ansetzen, dabei aber auch gleichzeitig die besonderen Defizite vieler ostdeutscher Industrieunternehmen im Management- und Marketingbereich angehen. Die bisherige Förderpolitik in den neuen Ländern ist durch eine gewisse Ideenlosigkeit bei der Entwicklung originärer Förderkonzepte gekennzeichnet – was nicht zuletzt als Vorwurf an die Adresse der Wissenschaft aufzufassen ist. Angesichts der höchst prekären Entwicklung der Wirtschaft der neuen Bundesländer sollte die Entwicklung neuer Förderkonzepte, die der besonderen Situation der neuen Bundesländer wirklich gerecht werden und einen effizienteren Mitteleinsatz versprechen, nicht auf die lange Bank geschoben werden.

**Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Vielen herzlichen Dank. Ich habe bisher vier Wortmeldungen. Da wir insgesamt nur noch 40 Minuten für die Diskussion haben, darf ich vielleicht am Anfang fragen, ob es noch weitere Diskussionsanmeldungen gibt? Das ist nicht der Fall.

Ich bitte Sie, damit die Herren im Podium auch die Chance haben, einigermaßen angemessen antworten zu können, daß Sie sich in den Fragestellungen kurz fassen, und daß Sie nach Möglichkeit Ihre Frage an maximal zwei Podiumsmitglieder richten. Herr Eppelmann bitte.

**Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU):** Ich möchte als erstes Herrn Pöpping fragen: Was ist denn falsch gelaufen? Was ist denn möglicherweise zu gering oder falsch eingeschätzt worden? Herr Dr. Wagner, ich würde Sie gern fragen, was sagt denn Herr Ludewig zu Ihrem Konzept? Teilen Sie mir bitte einmal mit, wie Ihr Konzept aussehen könnte? Sie sagten, Herr Dr. Wagner, 1,4 Milliarden für Investitionsförderung und 200 Millionen für "weiche Investitionen" sei die gegenwärtige Relation und das müsse anders aufgeteilt werden. Wie würden Sie denn aufteilen, wenn Sie aufteilen dürften?

Auf dem Hintergrund, was Sie gesagt haben, Herr Lageman, eine Frage an Sie alle: Sie haben bei der Förderung des Mittelstandes eine gewisse Ideenlosigkeit festgestellt und eine zum Teil prekäre Situation des Mittelstandes gegenwärtig. Was hätte anders gemacht werden müssen? Was würden Sie anders machen, wenn Sie entscheiden könnten?

## Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Meine Frage geht an Herrn Dr. Wagner und Herrn Pöpping vom Bundeswirtschaftsministerium. Von verschiedenen Referenten, wie Herrn Fell und Herrn Oehler aus Brandenburg, wurde betont, daß der investive Bereich aus dem Rahmenplan "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" eigentlich gesättigt sei.

Welche Möglichkeiten würden Sie sehen, für ein Programm zur geschlossenen Markteinführung von Produkten und Innovation in Ostdeutschland, und gibt es Möglichkeiten, Mittel dafür umzuleiten? Wie würde das Wirtschaftsministerium das dann auch ganz konkret abrechnen können? Mit investiven Mitteln ist das nicht so problematisch. Förderungen wären jetzt im konsumtiven und personellen Bereich etc. notwendig. Haben Sie dazu Vorstellungen? Das hätte natürlich auch wieder den Effekt, daß weitere Aufträge initiiert werden.

Zeigen die Veränderungen der Eigenkapitaldecke und des Jahressteuergesetzes, die Verdopplung der Rücklagen von 300.000 auf 600.000 DM heute schon Wirkungen in den ostdeutschen Firmen oder verpufft das alles, Herr Hühn?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork bitte.

**Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Ich möchte Herrn Hühn zum Thema der Forschung eine Frage stellen. Wie organisieren Sie die Forschung? Wie wird sie finanziert? Brauchen Sie Hilfe und bekommen Sie Hilfe?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe auch eine Frage an Herrn Hühn und Herrn Dr. Wagner. Wenn wir zu Recht sagen, die Entwicklung des industriellen Mittelstandes sei der Schlüssel für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland, gibt es aber auch eine ganze Reihe von Zweifeln. Was wären aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Dinge, damit der Mittelstand gut läuft?

Ich gebe zur Beantwortung der Fragen zuerst Herrn Dr. Lageman vom RWI das Wort.

Dr. Bernhard Lageman: Ich möchte versuchen, auf die Fragen nach den Alternativen bei der Förderung des Mittelstandes, einzugehen. Meine Ausführungen beziehen sich auch auf die bisherigen Ergebnisse des Transformationsprozesses. Ich bin überzeugt, daß der massive Mitteleinsatz in den vergangenen Jahren absolut gerechtfertigt war und positive Ergebnisse gebracht hat. Im Großen und Ganzen waren vor allem die großen Bundesprogramme auf dem Gebiet der Existenzgründungshilfen und der Eigenkapitalhilfen, aber auch viele andere Förderprogramme gerechtfertigt. Da die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern aber bislang noch nicht zu den erhofften Ergebnissen bezüglich eines schnellen Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft geführt hat, und da es offenbar in allen exportorientierten Bereichen der Wirtschaft noch besondere Probleme gibt, sollte man sich jetzt verstärkt Gedanken darüber machen, welche neuen, bisher nicht praktizierten, unkonventionellen Förderinstrumente man einsetzen könnte. Ich denke, es wäre unfair, allein der Politik in den neuen Ländern bzw. auch dem Bund, den Vorwurf machen zu wollen, diese Konzepte lägen nicht auf dem Tisch.

Anzudenken wäre zum Beispiel der stärkere Einsatz von Mitteln im Bereich von Forschung und Entwicklung, die kombiniert werden könnten mit Unterstützungsmaßnahmen auf dem Feld des Marketing und der Steigerung der Managementkompetenz. Nun muß man natürlich nüchtern sagen, es gibt international relativ wenig Beispiele, die man zitieren könnte. Hier muß man sich über eine innovationsorientierte Politik für den Mittelstand in den neuen Bundesländern Gedanken machen, wenn man die Dinge möglichst schnell zum Laufen bringen will. Fertige Konzepte habe ich auf keinen Fall. Ich sehe hier nur Grund für ein gewisses Unbehagen an dem, was derzeit alle Wirtschaftsforschungsinstitute, auch die gesamte universitäre Forschung, zu diesen Fragen präsentieren können.

Heute morgen kam ja die Frage: Was ist denn 1990 geschehen? Natürlich ist die Praxis der Forschung vorausgelaufen. Heute stellt sich die Frage: Sollte man nicht neue Modelle für die besondere Situation in den neuen Bundesländern entwickeln, die auch über die Erfahrungen, über das bisher Praktizierte aus den alten Ländern, hinausgehen? Ich weiß, meine Antwort ist ein bißchen unbefriedigend. Ich sehe aber dieses Unbehagen an den derzeit verfügbaren Konzepten. Man muß etwas tun. Ich denke, wirklich gute Konzepte wären, einen "Preis" wert. Man muß aber sagen, neue Ideen und Modelle liegen nicht auf dem Tisch, sie sind wirklich nicht auf dem Markt zu haben.

**Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Das ist eine wissenschaftlich bescheidene und Sie deshalb auch ehrende Antwort, Herr Dr. Lageman. Herr Oehler, wie sieht das aus Ihrer Sicht aus?

MDg Reinhardt Oehler: Ich habe die ganze Zeit überlegt, was man auf die Frage von Herrn Eppelmann, was hätte anders gemacht werden können, tatsächlich antworten könnte. Sicher haben in den Jahren 1991 bis 1993 neue Ideen gefehlt. Wir haben auch nicht die Zeit gehabt, über neue Ideen nachzudenken, sondern haben erst einmal versucht, die Probleme zu lösen, die vor

unseren Füßen lagen. Insofern bin ich auch der Meinung, wir sollten jetzt einmal den Mut haben, im Bereich der Förderpolitik innezuhalten, nachzudenken, vielleicht Experimente zu machen. Ein Experiment wäre aus meiner Sicht, daß von der Verwaltung nicht zu Beginn eines Jahres verlangt, genau zu wissen, was im Herbst des darauffolgenden Jahres an Geld für bestimmte Situationen gebraucht wird. Wenn wir in unseren haushaltsrechtlichen Möglichkeiten freier wären, Stichwort Budgetierung, würde uns das sehr viel weiter helfen. Ich weiß heute wirklich noch nicht, welche Probleme wir in welcher Region im Land Brandenburg Ende des Jahres 1998 haben werden. Aber ich muß bis Ende Januar meinen Haushältern entsprechende finanzielle Vorgaben machen.

Was hätte anders gemacht werden können? Wir haben vielleicht auch nicht die Zeit gehabt, über eine Art gestaltende Strukturpolitik nachzudenken. Investitionen in Unternehmen, Investitionen in bestimmte Branchen, Regionalpolitik und Infrastrukturpolitik müßten tatsächlich zu einem politischen Willen zusammengeformt werden. Dazu haben wir sicher in dem Tagesgeschäft nicht die notwendige Ruhe gehabt.

Stichwort Haushaltsrecht, Haushaltstechnik: Hier sollten wir mit neuen Förderformen möglicherweise experimentieren, insbesondere wenn es darum geht, mehr in dem Bereich der Forschungspolitik zu tun, um im Grunde aus Ideen und Patenten, Innovationen zu machen. Das ist ein Prozeß, der mal kürzer und mal länger dauert, aber die Begleitung von Erfindern, von unternehmerischen Erfindern, bis ein innovatives Unternehmen entsteht, ist etwas, wo wir uns doch einmal neue Gedanken machen müssen.

## Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Pöpping bitte.

MR Veit Pöpping: Die Frage von Herrn Eppelmann ist in der Tat eine Herausforderung. Was ist richtig, was war falsch? Ich glaube, die deutsche Einheit war ein so singuläres Ereignis, womit keiner Erfahrung hatte. Es gab auch keine Muster, die man hätte übertragen können, es war ein riesiger Lerneffekt. Wenn Sie sich nur vorstellen, plötzlich haben Tausende Mitarbeiter von Sparkassen irgendwelche Kredite ausgereicht, ohne zu wissen, nach welchen Kriterien beurteilt man eigentlich die Kreditfähigkeit eines Unternehmens. Diese Situation wäre in etwa vergleichbar. Es sind dann natürlich auch Dinge eingetreten, die man eigentlich hätte voraussehen können. Einige haben zu restriktiv gehandelt, hier war ja der Vorwurf an die Bürokratie. Ein Fehler war sicherlich, daß man so großzügig und einfach die Kredite bewilligt hat. Herr Werner aus Leipzig hat hier gesagt, ich habe 40.000 DM beantragt, hätte ich doch 100.000 DM gesagt, hätte ich sie in der Anfangsphase auch gekriegt. Die anfänglich großzügige Kreditvergabe hat wiederum dazu geführt, daß dann plötzlich die Schraube zu restriktiv zurückgedreht wurde. Von da an galt plötzlich die Parole Konsolidierung geht vor Neugeschäft, und praktisch hatte kein Gründer mehr eine Chance, mit irgendeinem Konzept durchzukommen. Vielleicht war es auch von unserer Seite, das muß man auch selbstkritisch sagen, etwas naiv zu glauben, wenn ich günstige Mittel bereitstelle und die Unternehmen sie in Anspruch nehmen, dann werden sie schon das Beste daraus machen. So einfach ist das offenbar nicht.

Alles das, was mit Beratung, mit Coaching usw. zusammenhängt, ist ganz wichtig. Das große Problem ist nur, dieses ist ein Manpower-Problem. Wo nehmen Sie so viele qualifizierte Leute flächendeckend her, die für die Unternehmen immer ansprechbereit wären und Ihnen in Schwierigkeiten helfen könnten? Wir fangen jetzt an, auch etwas nachzuarbeiten. Wir haben nun flächendeckend untersucht, an wen die Kredite gegangen sind. Sind sie an die Leute gegangen, die ohnehin die Kredite bekommen hätten, oder an die, die sie wirklich gebraucht hätten? Es sieht wohl so aus, daß die Kredite nicht an die ganz kleinen Unternehmen, aber auch nicht an die kapitalkräftigen Unternehmen gegangen sind, sondern an die mittleren Unternehmen, die wirklich darauf angewiesen waren.

Der Wirtschaftsausschuß hat dann zu Recht gefragt, sind Sie denn sicher, daß die Unternehmen, die fünf Jahre lang gefördert wurden, auch das 6. Jahr überleben? Das kann man aus der Tatsache allein, wenn ein Unternehmen fünf Jahre überlebt hat, in der Tat nicht folgern. Sollten wir nicht den Unternehmen eine Art Frühwarnsystem als Hilfestellung an die Hand geben, um sich selbst diagnostizieren zu können? Nicht die Bank, sondern der Unternehmer selbst sollte seine Bilanz erstellen können, um zu sehen, wo er im Vergleich zu seiner Branche steht. Vielleicht muß man auch die Existenzgründungen besser vorbereiten, als es bisher gemacht wurde. Die Last liegt in der Tat bei den Banken, die aber natürlich nur ihr Kreditgeschäft im Kopf haben und sagen, für allgemeine Gründungsberatungen seien sie eigentlich nicht zuständig.

Die Förderung der Markteinführung ist sicher ein ganz wichtiger Bereich, denn die Exportquote der Mittelstandsunternehmen mit 2 % ist viel zu niedrig. Wir müssen den Unternehmen in Zukunft weiterhin helfen, wie hier schon mehrfach angesprochen und gewünscht, auch auf Auslandsmärkten erscheinen zu können, internationale Fachmessen zu besuchen und wir müssen eine flexible Hermespolitik betreiben. Das ist alles gar keine Frage, das muß sein. Erst jetzt kommen die Unternehmen in die Exportfähigkeit und haben auch jetzt erst Interesse, auf den Märkten international auftreten zu können. Auch die Markteinführung im Inland ist wichtig.

Ganz schwierig wird es, Herr Wagner hat es angedeutet, wenn wir mehr in den sogenannten Bereich der "weichen Investitionen" gehen, wenn wir also Betriebsmittel geben, die möglicherweise auch zur Verlustfinanzierung benutzt werden, was man nicht kontrollieren kann. Damit haben Sie völlig Recht. Maschinen und Betriebshallen, die mit dem Geld gebaut wurden, die kann ich sehen und die sind auch gesichert. Aber wenn Sie jemandem Geld in die Hand drücken, um eine Markterschließungskampagne zu machen, kann ich nicht kontrollieren, ob er damit irgendwelche Löhne und Gehälter oder Verluste davon bezahlt. Wir müssen aufpassen, daß wir in der EU nicht andere Mitgliedstaaten dazu verleiten, auf diesem Gebiet der Fördergelder, die dann unseren eigenen Unternehmen später Schwierigkeiten machen. Da verlangen wir Dis-

ziplin und in gewisser Weise müssen wir die dann auch selbst einhalten. Das ist ein schwieriges "Spiel", aber bisher war die EU-Kommission relativ großzügig. Wir haben z. B. ein Ausbildungsplätzeprogramm in ERP aufgelegt, wo wir gesagt haben, wenn jemand nachweisen kann, daß er einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schafft, kriegt er 30.000 DM ohne irgend einen Investitionsoder sonstigen Nachweis. Wir haben gedacht, eigentlich geht das nicht, das ist ja so eine Art Betriebsmittelkredit. Es ist ja überhaupt keine Mittelbindung da. Dieses hat die EU-Kommission genehmigt. Sicherlich, wenn wir auf 60.000 DM gegangen wären, dann wären vielleicht Fragen gekommen. Man muß vielleicht ein bißchen Gespür dafür haben, was kann man machen und wo wird es auch für die Partner schwierig.

## Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Wagner bitte.

**Dr. Carl-Ludwig Wagner:** Ich möchte der Frage nachgehen, Herr Vorsitzender, die Sie so formuliert haben: Was wären denn die drei wichtigsten Dinge bei der Förderung des Mittelstandes? Im Sinne dieser drei wichtigsten Dinge werde ich auch auf die anderen Fragen eingehen.

Punkt eins wäre, daß es uns gelingt, die Lohnkosten stabil zu halten. Es wäre unter rein streng wirtschaftlicher Betrachtungsweise sogar notwendig, sie zurückzuführen, weil sie sich zu weit von der Produktivität entfernt haben. Wir müssen versuchen, einige Jahre lang einen sehr schnellen Zuwachs der Umsätze pro Kopf oder auch der Produktivität zu erreichen, ohne daß die Löhne steigen, damit sich das Gleichgewicht herstellt. Damit sage ich auch gleichzeitig, was nicht gut gelaufen ist, daß sich die Löhne zu weit von der Produktivität entfernt haben. Und das war nicht etwa, wie in allen Talkshows auch heute noch verkündet wird, der Fehler der Währungsumstellung. Als die Währung umgestellt wurde, da wurden zunächst die Löhne, wie sie in der alten DDR gezahlt worden waren, übernommen und in DM übertragen. Will jemand behaupten, man hätte das 1:2 machen können? Also hätte man zum Beispiel dem Maurer, statt der 750 Mark, die er bisher gehabt hat, 375 DM geben müssen. Das war indiskutabel. Und diese 1:1-Umstellung war auch nicht zuviel, denn die Nominallöhne waren in der alten DDR sehr niedrig. Nein, der Fehler kam hinterher in den Jahren danach, 1992 bis 1994 mit den Stufentarifverträgen, mit der zu optimistischen Annahme, wie rasant die Leistungskraft in den ostdeutschen Betrieben steigen würde, und wo man sich auf Steigerungsraten bei den Löhnen festgelegt hat, die man dann nicht verdienen konnte. Natürlich haben wir zum Glück eine Menge Unternehmen, die das können, aber der Durchschnitt kann es nicht. Ein bißchen komisch ist mir schon bei den Statistiken über die Produktivität, wenn ich also zum Beispiel lese, daß die Produktivität bei den Dienstleistungen am allerschlechtesten sei. Ich frage mich immer, wie kann das zusammenhängen? Da muß irgend etwas in den Berechnungsmethoden nicht stimmen. Es kann mir auch niemand richtig erklären. Vor wenigen Tagen las ich, daß es zum Beispiel im Bankenbereich ganz prima funktioniere. Der Bankenbereich ist ein sehr wichtiger Teil der Dienstleistungen, da liegen wir bei 90 % der Leistungen im Vergleich zu den alten Bundesländern. Wo sind denn nun die Dienstleistungssektoren, wo es angeblich so erbärmlich sei? Ich habe also an der Statistik gewisse Zweifel und betrachte die Sache im Grunde etwas günstiger, als sie aus den Zahlen der Statistik hervorgeht.

Die Probleme der ostdeutschen Unternehmen kommen zum erheblichen Teil aus dieser angeschlagenen Wettbewerbsfähigkeit, die durch das Lohnniveau entstanden ist. Das ist sicher nicht richtig gelaufen und müßte jetzt repariert werden. Wir müssen davon abkommen, künftige Produktivitätssteigerungen gleich wieder durch entsprechende Lohnsteigerungen aufzufangen. Das können wir nicht mehr.

Zweitens etwas, was wirklich gut gelaufen ist, ist die Infrastruktur. Ich bin der Meinung, daß der Aufbau der Infrastruktur mit viel Aufwand und auch in der richtigen Weise vorangetrieben wurde. Ich bin in dieser Hinsicht ein sehr konservativer Mann. Ich bin für die Eisenbahnen, auch für die schnellen Bahnen, ich bin für die Straßen und für die Flughäfen. Ich bin natürlich für die Telekommunikation, die Leistung ist gewaltig, und es wäre ein Drama, wenn man abstoppen wollte.

Beim Kapitalstock der Unternehmen sind wir immer noch weit zurück. Ich bitte zu berücksichtigen, so schön das ist mit den vielen modernen Maschinen etc., daß der Kapitalstock im Osten Deutschlands pro Kopf der Bevölkerung quantitativ bei der Hälfte gegenüber dem im Westen liegt, und das gilt auch für die öffentliche Infrastruktur. Das Autobahnnetz ist viel dünner, und es müssen ja auch nicht immer Autobahnen sein. Die Bundesstraßen sind im Osten einfach schlechter, sie gehen durch die Ortschaften, es gibt kaum Ortsumgehungen. Es besteht überall Nachholbedarf, trotz der riesigen Leistung. Also, das ist gut gelaufen, und das muß auch so weiter gemacht werden.

Drittens, man sollte die einzelbetriebliche Förderung in ihrem Volumen aufrecht erhalten, nicht etwa kürzen, das geht in den nächsten Jahre noch nicht. Aber man sollte sie zu einem Teil umstellen. Natürlich brauchen wir weiterhin Investitionshilfen und Investitionsförderung. Aber meine Aussage bezog sich auf die riesige Disproportion von Investitionsunterstützungsmitteln, die das fünf- und sechsfache der Mittel ausmachen, und den "weichen Investitionen". Hier sollte man etwas auflockern. Ich sage mal ganz freiweg eine Zahl. Zum Beispiel könnte man etwa die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe um 20 % kürzen und diese 20 % voll und ganz und ungekürzt in andere Zwecke investieren. Unter anderen Zwecken verstehe ich zum Beispiel Bestandspflege, Förderung weicher Faktoren, Entwicklungsförderungen der Unternehmen sowie Forschung und Entwicklung.

Wir beschäftigen uns zur Zeit intensiv mit einem hochinteressanten und hocherfreulichen mittelständischen Unternehmen in Thüringen, einem Automobilzulieferer, der es wirklich geschafft hat. Er hat ein hervorragendes Produkt, aber er sagt, in drei, vier Jahren wird es nicht mehr gehen, da muß etwas Neues her und das Neue muß ich machen, und das kostet ein paar Millionen. Und die paar Millionen fallen ihm schwer, vielleicht kann er sie gar nicht aufbringen.

Es muß für diese Fälle und für diese Zwecke gewisse Hilfen geben. Da müssen ein paar Ingenieure beschäftigt werden, da muß ein Universitätsinstitut mitbeschäftigt werden, da müssen Forschungsaufträge vergegeben werden, vielleicht auch an andere, freie Ingenieurbüros usw. Es kostet einen erheblichen Aufwand und zwar über Jahre. Und wenn das Produkt dann fertig ist, dann dauert es noch einmal ein, zwei Jahre, bis es eingeführt ist. Dazu braucht man erhebliche Reserven, sehr viel finanzielle Power, und das haben die Leute nicht, auch nicht dieser Unternehmer, von dem ich gerade gesprochen habe. Für solche Zwecke brauchen wir Übergangsfinanzierungen, Soforthilfen, auch noch den einen oder anderen Zuschuß, evtl. eine Mischung von verbilligten Darlehen und Zuschüssen.

Zum Problem der Beteiligungen einige Worte: Es wird so viel von Beteiligungen und Risikokapital geredet. Ich warne vor der Illusion, daß es uns gelingt, ohne staatliche Hilfen in nennenswertem Umfang Risikokapital für unsere jungen Unternehmen in den neuen Bundesländern zu bekommen. Das ist den Leuten zu riskant. Und da liegt auch der Unterschied zum Hausbau, nicht, was Herr Späth immer anprangert. Er hat ja recht, nur, es ist nun mal sicherer, in einen Wohnungsbau zu investieren. Es kann mir zwar passieren, daß die Wohnung nicht vermietet werden kann, oder daß sie nur schlecht vermietet werden kann, aber immerhin, sie ist vorhanden. Ich habe einen realen Wert. Wenn ich aber in ein junges Unternehmen investiere, von dem ich ja nicht weiß, wie es funktionieren wird, kann das Geld weg sein.

Ohne staatliche Hilfe beim Risikokapital wird nicht viel passieren. Wir versuchen das jetzt in Thüringen mit einer eigenen Agentur, nur für Beteiligungen, um privates Risikokapital zu finden. Es wird nicht viel werden, wenn wir nicht Mittel und Wege finden, um Investitionskredite durch öffentliche Bürgschaften abzusichern, ähnlich wie der Beteiligungsfonds Ost, der das ja zumindest zur Hälfte immerhin schon getan hat. Wenn das dazu führen sollte, daß wir dann Probleme hätten, die Anträge auf Investitionszuschuß aus der GA zu bedienen, wäre es ja auch noch denkbar, sich die Fördersätze, die sich gegenwärtig bis auf 50 % addieren im mittelständischen Bereich, noch einmal ein bißchen anzuschauen, ob es nun wirklich 50 % sein müssen. Wir sind froh, daß wir sie haben, aber man kann die Birne nicht essen und behalten, und es gibt Zwecke, die sind noch wichtiger, als unbedingt an diesen Fördersatz festzuhalten. Das wären meine drei Punkte und damit ich einen vierten habe, füge ich hinzu, im Westen muß es natürlich konjunkturell laufen, sonst wird es alles sehr schwer.

## Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Hühn bitte.

Matthias Hühn: Ich versuche, mich recht kurz zu fassen. Zur Vergangenheit soll nicht viel gesagt werden. Wir hatten einmal diese Wertschöpfungspräferenz favorisiert, und man sollte durchaus überlegen, ob das ein Thema für heute ist. Wir hatten gesagt, daß von der Wertschöpfung eines Unternehmens so und soviel Prozent im Unternehmen verbleiben, um Eigenkapital aufzubauen. Ähnliche Beispiele machen uns die Schweiz und andere Länder vor. Dort kann man für Investitionen Steuern einbehalten.

Ich würde den Verwaltungsaufwand senken, weil die Kontrolle, die Ausreichung und die Beantragung der gesamten Fördermittel dann nicht so umfangreich wären und nicht so viel Arbeitskräfte erfordern würde wie heute. Das wäre eine ganz tolle Sache für ostdeutsche Unternehmen.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung ist, aus den Gründen, die ich vorhin bereits gesagt habe, absolut notwendig für ein Unternehmen in Ostdeutschland. Für uns persönlich hat die Förderung von Forschung und Entwicklung hervorragend gegriffen. Das Innovationsprogramm für Produkte ist auch ein Programm, mit dem wir seit Jahren arbeiten und sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Einziger Mangelpunkt ist dabei der sehr große Personalaufwand zur Beantragung und Durchführung. Für ganz wichtig halten wir die Markterschließung, die Förderung der Markterschließung. Auch die Messeprogramme müssen unbedingt weiterlaufen. Die Kontrolle eines solchen Programms ist natürlich sehr schwierig. Wir haben in diesem Jahr etwa zwölf Messen gemacht, von Tel Aviv über Tokio bis Singapur, und wir können in jedem Land Umsätze und Erfolge nachweisen. Wir können Umsatzsteigerungen nachweisen, und über diese Schiene kann man sicherlich auch ein solches Programm abrechenbar gestalten.

Was aus unserer Sicht sehr hilfreich wäre, um damit auch Ihre Frage zu beantworten, ist die Werbung. Werbung hat uns immer geholfen, denn in solche Länder kann man nicht nur hinfahren, und eine Messe machen, man muß Werbekosten aufnehmen, und vor allen Dingen braucht man dort die unternehmerische Begleitung. Eine Markterschließung ist nicht mit einer Messeteilnahme und einem ersten Umsatz im Land beendet, speziell nicht für einen Maschinenbaubetrieb. Den größten Brocken der Kosten, der kommt, wenn die ersten Umsätze getätigt werden oder getätigt sind, sind Schulungen, Serviceschulungen, Instandsetzungsschulungen, die wir in diesen Ländern durchführen müssen. Hier sollte man überlegen, ob eine weitergehende Förderung für diese Markterschließung, selbstverständlich mit Erfolgsnachweis, möglich ist.

Abschließend eine letzte Bemerkung: Wir haben mal für unser kleines Unternehmen mit 60 Mitarbeiter für den Zeitraum 1990 bis 1996 eine Überschlagsrechnung gemacht. Wir haben an betrieblichen, an Einkommenssteuern, an Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil etwa 6,71 Mio. DM in diesen fünf Jahren abgeführt. Das habe ich ganz einfach mal den Kosten gegenübergestellt, die entstanden wären, wenn unsere 60 Personen Arbeitslosengeld bezogen hätten. Unter dem Strich steht dort ein Ausfall für den Staat von 18 Mio. DM, wenn unser kleiner mittelständischer Betrieb mit 60 Personen nicht existiert hätte, und der Staat die Arbeitslosigkeit von 60 Mitarbeiter finanzieren müßte. Und das war eigentlich das Ergebnis meiner Darlegungen. Es sollte überlegt werden, ob wir nicht über die Schiene der Wertschöpfungspräferenz oder ähnlicher Größenordnungen oder einzubehaltender Steuern bei sinnvollen Investitionen, unter Beachtung dieser gigantischen Summe, in Zukunft weiter kommen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich darf mich bei allen Herren auf dem Podium bedanken. Ich glaube, es gibt Einvernehmen darüber, daß die Entwicklung des Mittelstandes, insbesondere des industriellen Mittelstandes, in Ostdeutschland eine Schlüsselfrage bleiben wird. Ich habe auch von allen Referenten Zustimmung zu der These gehört, daß es noch über einen längeren Zeitraum erforderlich sein wird, dafür auch staatliche Förderung bereitzustellen.

Ich wage trotzdem die Hoffnung, daß diese Förderung von Schritt zu Schritt, von Jahr zu Jahr, nach Möglichkeit in geringerem Umfang erforderlich sein wird. Möge es mehr und mehr Unternehmen gelingen, jenseits von Förderung einfach erfolgreich zu arbeiten, so daß auch in nicht allzuferner Zukunft gesagt werden kann, daß die Unternehmen wettbewerbsfähig, ideenreich, mit guten Produkten, mit eigenen Entwicklungen, auf eigenen Füßen stehen, sozusagen selbständig sind, das, was den Mittelstand eigentlich ausmachen sollte. In der Hoffnung, daß nicht immer nur der Ruf nach dem Staat erklingt, wo gibt es Hilfen, sondern daß die eigene Kraft entscheidet und daß dann auch viele Mittelständler richtig gute Steuerzahler werden mögen. Ich befürchte, das wird noch ein paar Jahre dauern, aber ich wünsche mir schon, daß wir das alle noch erleben.

Herr Eppelmann, ich habe die Zeit eingehalten, und bitte Sie um Ihr Schlußwort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke Ihnen herzlich, Herr Spiller. Sie haben sogar noch fünf Minuten vor der Zeit Schluß machen können. Das ist Ihrem Geschick und Ihrer Rigorosität zu verdanken gewesen. Herzlichen Dank.

Wenn ich richtig zugehört habe, und ich meine, daß ich das habe, dann ist der heutige Tag ein Tag von uns allen gewesen. Bei allem, was an Nachdenklichem, an Kritischem, an Vorgeschlagendem zu hören war, habe ich aber auch immer wieder gehört, daß wir in den letzten sieben Jahren eine Menge geschafft haben. Wir haben eine Menge erreicht, so daß wir uns nicht klein zu reden brauchen. Wir können auch mit ein bißchen Stolz und Zufriedenheit zurückschauen. Ich habe desweiteren gehört, daß der Mittelstand, mit dem wir uns heute in besonderer Weise beschäftigt haben, einer ist, der unverhältnismäßig viel an Förderung benötigt hat, im Vergleich zum Mittelstand in den alten Bundesländern. Wir sollten an der Stelle nicht vergessen, daß dies auch damit zusammenhängt, daß in 45 Jahren DDR an der Stelle zu wenig oder etwas Falsches gemacht worden ist. Wenn ich richtig gehört habe, ist es aber heute auch ein Tag der Regierung gewesen. Egal, ob sie in Erfurt oder in Potsdam oder in Bonn sitzt. Ich habe gehört, dort gab es viele vernünftige Anregungen auch von Politikern.

Es gab aber auch an der einen oder anderen Stelle ein Stück Ideenlosigkeit, indem man nur auf die bewährten Mitteln der alten Bundesrepublik zurückgegriffen hat. Menschlich ist das verständlich. Man hat versucht, mit bewährten